

Hickhack um Auslagerung der Berner Psychiatrie

B7, 6.3.12

GROSSER RAT Die Psychiatrie soll aus der kantonalen Verwaltung entlassen werden. Dies fordert eine Kommission des Grossen Rates.

Wie weiter mit den Psychiatriebetrieben im Kanton Bern? Eine Kommission des Grossen Rates verlangt, dass diese selbstständig werden und also aus der kantonalen Verwaltung ausgelagert werden. Zum gegenteiligen Schluss kommt ein Bericht des Regierungsrates. Er hatte ihn aufgrund eines Vorstosses verfasst, der verlangt, dass die kantonalen Institutionen der Psychiatrieverversorgung in Aktiengesellschaften zu überführen seien. In der bevorstehenden Märzsession wer-

den beide Seiten ihre Argumente vorlegen können.

Die Kommission schlägt als einen ersten Schritt vor, das Psychiatriezentrum Münsingen und die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern zusammenzulegen, wie sie gestern mitteilte. Seien die Betriebe selbstständig, hätten sie den grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, argumentiert die Kommission. Dem widerspricht der Regierungsrat nicht. Doch angesichts der Finanzsituation könne sich der Kanton eine Auslagerung nicht leisten, vor allem dann, wenn den Betrieben die genutzten Liegenschaften im Eigentum mitgegeben würden.

Auch die Personalverbände stellen sich gegen eine Auslagerung. Im Spitalbereich habe die Gründung von Aktiengesellschaften nicht den gewünschten Effekt gehabt. Eine Auslagerung würde einen massiven Druck auf die Anstellungsbedingungen des Personals bedeuten, teilen die Verbände mit. Zudem sei mit zahlreichen Folgeproblemen zu rechnen. Es stelle sich etwa die Frage, wie die Deckungslücke bei der Bernischen Pensionskasse für die ausgelagerten Mitarbeitenden gestopft werden solle. Auch die Grünen stützen die Haltung des Regierungsrates. Die Kosten einer Auslagerung von bis zu 330 Millionen Franken seien unverhältnismässig. bw

Kommission für Psychiatrie-AGs – und grossen Zusammenschluss

Bund, 6.3.12

Psychiatriebetriebe soll man in die unternehmerische Freiheit entlassen, findet eine Kommission des Kantonsparlaments.

Matthias Raaflaub

Der Regierungsrat hat das Vorhaben nach einem Blick in die Kasse abgelehnt, eine vorberatende Kommission im Kantonsparlament unterstützt es nun: Die psychiatrischen Betriebe im Kanton Bern, die Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) Bern in der Waldau, das Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und die psychiatrischen Dienste Biel-Seeland-Berner Jura (PDBB) sollen Aktiengesellschaften werden. Nach Vorbild der Spitäler würden aus kantonalen Institutionen eigenständige Unternehmen. Die Kommission schickt einen Bericht jetzt mit der Forderung ans Parlament, dass der Regierungsrat diese Auslagerung fortführen solle. Nur in einem Punkt gab es eine Gegenstimme.

Die Kantonsregierung hatte die Analyse Ende Januar fertiggestellt. Darin schrieb sie, dass die Privatisierung der Psychiatrie für die Betriebe Vorteile habe und wünschenswert wäre. Ausschlaggebend dafür, dass die Regierung das Projekt dennoch auf Eis legen will, sind die Kosten. Die Abtretung der kantonalen Liegenschaften an die AGs hätte «erhebliche Folgen für den Staatshaushalt», schrieb der Regierungsrat («Bund» vom 30. Januar).

Was das genau heisst, ist noch nicht klar. Laut Ueli Studer (SVP), Präsident der parlamentarischen Kommission und Gemeinderat in Köniz, wird im Bericht mit mehreren Varianten gerechnet. Die

Kosten der Auslagerung der Psychiatrien in eigenständige Unternehmen sollen sich zwischen 11 Millionen Franken bei einer unternehmerisch riskanten Minimalvariante und 352 Millionen bei einer kompletten Auslagerung aller Liegenschaften und Unternehmensbereiche bewegen. Dennoch kommt die Kommission zu einem anderen Schluss als der Regierungsrat: «Im Bericht wird die Auslagerung als empfehlenswert gewertet. Das spricht eigentlich für sich», sagt Studer. Entscheidend sei, dass sich die psychiatrischen Betriebe grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum wünschen. Heute müssen die Betriebe für Investitionsvorhaben beim Grossen Rat anknöpfen. Würden sie eigenständig, wäre laut der Kommission zudem die Gleichstellung aller Institutionen mit psychiatrischen Angeboten möglich, ganz gleich ob UPD, Privatklinik oder Spital.

UPD und PZM zusammenlegen

Die Kommission schlägt zur Vorbereitung vor, dass UPD und PZM zusammengeschlossen werden. Davon rede man schon lange, so Studer. «Man könnte noch mehr zusammenarbeiten.» Die UPD-Geschäftsleitung habe dargelegt, dass die beiden Häuser dazu schon Bestrebungen verfolgten.

Die Personalverbände reagierten auf die Mitteilung der Kommission kritisch. Die Auslagerung oder Privatisierung bringe weder für Kanton, Patienten noch Personal Vorteile. Im Spitalbereich habe die Auslagerung auch nicht die gewünschten Effekte gebracht. Stattdessen träfen Sparbemühungen die Angestellten. Die Grünen des Kantons Bern fordern, man müsse die vereinbarten Planungsziele umsetzen, ehe man «teure Auslagerungsprojekte» durchführe.